

# Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

---



Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung

## Niederschrift

über die 25. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung am 04.10.2016 im Kreisausschusssaal der Kreisverwaltung Teltow-Fläming, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

### Anwesend waren:

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Detlev von der Heide  
Herr René Haase  
Herr Detlef Klucke  
Herr Olaf Manthey  
Frau Dr. Irene Pacholik  
Herr Hartmut Rex

#### Sachkundige Einwohner

Herr Peter Wetzel

### Entschuldigt fehlten:

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Winand Jansen  
Herr Jörg Niendorf  
Herr Michael Wolny  
Frau Gertrud Klatt

Vertretung für Herrn Michael Wolny

#### Sachkundige Einwohner

Herr Christian Heller  
Herr Klaus Wigandt

### Verwaltung

Herr Gärtner, Beigeordneter und Leiter des Dezernates IV  
Herr Dornquast, Leiter Dezernat I und Amtsleiter Amt für Bildung und Kultur  
Herr Trebschuh, Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, komm. Amtsleiter  
Herr Heinrich, Hauptamt, SB Liegenschaften  
Frau Teubner, Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 18:40 Uhr

## Tagesordnung:

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 6.9.2016
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 6 Multi-Energie-Kraftwerk Sperenberg (MEKS) (Ausführungen des Ministeriums für Finanzen angefragt)
- 7 Investitionsbedarf in Vorbereitung der Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2017 5-2871/16-I
- 8 Petition an den Kreistag zur Entwicklung eines Konzeptes für die zukünftige Nutzung des ehemaligen Pflegeheimes Saalow 5-2885/16-KT
- 9 Sachstand Erarbeitung Radwegekonzept im Rahmen eines zukünftigen Mobilitätskonzeptes des Landkreises Teltow-Fläming 5-2920/16-IV
- 10 Verschiedenes

### **Öffentlicher Teil**

#### TOP 1

#### **Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung**

**Herr von der Heide** eröffnet die Sitzung, die mit 5 Mitgliedern stimmberechtigt ist. Er erklärt, Punkt 6 der TO wird gestrichen, da kein Referent vom Ministerium anwesend ist. Dieser TOP wird in der Sitzung am 01.11.2016 nachgeholt. Änderungsvorschläge zur TO werden nicht vorgetragen.

**Herr Rex** regt an, den TOP zum MEKS vor Ort durchzuführen, um eine bessere Vorstellung zu erhalten.

Diese Anregung nimmt **Herr Gärtner** mit. Vorab wären jedoch mit dem Verein ev. Räumlichkeiten zu klären, um auch der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, an der Sitzung teilzunehmen. Zu prüfen ist, sich dazu eine Stunde früher zu treffen (Lichtverhältnisse).

**Herr Klucke** würde es begrüßen, diesen TOP gemeinsam mit dem Ausschuss für Wirtschaft zu gestalten. Da dieses Thema auch diesen Ausschuss tangiert, bittet er um Prüfung.

**Herr von der Heide** nimmt beides zum Protokoll. Ggf. werden die Mitglieder per E-Mail informiert.

**Herr Gärtner** weist darauf hin, dass der Wirtschaftsausschuss regulär am 12.10. 2016 tagt, an dem dieses Thema angesprochen wird.

## **TOP 2**

### **Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 6.9.2016**

Die NS liegt erst seit dem 30.09.2016 vor. Herr von der Heide fragt nach, ob trotzdem heute darüber abgestimmt werden kann oder die Abstimmung in die nächste Sitzung verlegt werden soll. Schriftliche bzw. mündliche Einwendungen liegen bisher nicht vor. Bei der Abstimmung gab es 4 Zustimmungen und 1 Enthaltung. Damit ist die NS der Sitzung vom 06.09.2016 bei einer Enthaltung angenommen.

## **TOP 3**

### **Einwohnerfragestunde**

Anfragen von Einwohnern wurden nicht vorgetragen.

## **TOP 4**

### **Mitteilungen der Verwaltung**

**Herr Gärtner** informiert über die Terminkette zum Landesentwicklungsplan (LEP) Hauptstadtregion. Als Termin für die Bündelung im Amt der Bereiche des Hauses ist der 25.10.2016 anberaumt. Termin bei der GL ist der 15.12.2016, so dass die Stellungnahme in der Sitzung des AfRB am 06.12.2016 vorgestellt und besprochen werden kann.

## **TOP 5**

### **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Es wurden keine Anfragen gestellt.

## **TOP 6**

### **Multi-Energie-Kraftwerk Spereberg (MEKS) (Ausführungen des Ministeriums für Finanzen angefragt)**

Dieser TOP wurde auf die Sitzung des AfRB am 01.11.2016 verschoben.

## **TOP 7**

### **Investitionsbedarf in Vorbereitung der Prioritätenliste der investiven Maßnahmen 2017 ( 5-2871/16-I )**

**Herr von der Heide** bittet Herrn Dornquast zum o. g. TOP um eine kurze Einführung.

**Herr Dornquast** erklärt, auf Wunsch der Abgeordneten wurde Ende August/Anfang September diese Info-Vorlage herausgegeben, um zu sehen, um welche Bedarfe es sich handelt. Die Summe angemeldeter Bedarfe beläuft sich auf 9,1 Mio€. Enthalten sind die angezeigten Bedarfe aus allen Fachämtern des Hauses. Einen großen Bereich in dieser Liste nimmt der Brand- und Katastrophenschutz ein.

Dem gegenüber standen Einzahlungen von Fördermitteln bzw. über das kommunale Investitionsfördergesetz in Höhe von 3,72 Mio€.

Durch den KT-Beschluss zum Kommunalinvestitionsförderungsgesetz war die Darstellung der erforderlichen Eigenanteile in den nächsten Jahren gebunden. Im Zeitraum der Bedarfsanmeldung wurde davon ausgegangen, dass für die Auszahlung 2017 etwa 2,2 Mio€ benötigt werden. Dagegen zu setzen sind geplante Einzahlungen in Höhe von 1,99 Mio€. Zu berücksichtigen waren weiterhin überjährige Maßnahmen wie Straßen- und Radwegebau oder Hochbauinvestitionen aus den Jahren 2015 oder 2016. Hier waren Auszahlungen in Höhe von 1,36 Mio€ angezeigt.

Zu den komplett geförderten Investitionsmaßnahmen im Anlagevermögen gehören das landesfinanzierte Kataster- und Vermessungsamt mit ca. 39 T€ (einnahme- wie ausgabeseitig).

Für den Schwerpunkt Bildung und Schulen des LK (Träger von 11 Schulen mit knapp 4500 Schülern), meldete das Fachamt einen Bedarf von 356 T€ (ohne bauliche Maßnahmen aus dem KommInvestFG) an.

Unter der Maßgabe, dass bei den überjährigen Bedarfen der Schwerpunkt KommInvestFG, die 100%-Förderung im Kataster- und Vermessungsamt und auch der Bildungsschwerpunkt zu berücksichtigt waren, gab es weitere Planungsrunden mit Dezernenten und Amtsleitern. Zur Priorisierung wurde kritisch hinterfragt, welche Maßnahmen zwingend in 2017 erfolgen müssen bzw. geschoben werden können. Besonders schwierig war die Diskussion zu Maßnahmen, mit noch nicht verbindlicher Zusage des Landes zur Mitfinanzierung, z. B. bei Fahrzeugen des Brand- und Katastrophenschutzes.

Eine wichtige Aufgabe des LK ist der Katastrophenschutz. Diesbezüglich ist die erforderliche Ausstattung auf Grundlage des Katastrophenschutzgesetzes Brandenburg zur Verfügung zu stellen. Hierzu gab es intensive Diskussionen, welche Objekte oder Ausstattungsgegenstände Priorität für die Arbeit in diesem Bereich haben.

Es ist davon auszugehen, dass die Zuweisung für Investitionen seitens des Landes an den LK nicht weiter anwachsen. Deshalb ist die Sicherung erforderlicher Eigenanteile zur Umsetzung des KommInvestFG für die Planung der Folgejahre zu berücksichtigen. Hier sind insbesondere Maßnahmen der energetischen Sanierung oder Infrastrukturmaßnahmen im Bereich Bildung gemäß des pauschalen Zuwendungsbescheides der ILB für den Landkreis vorgesehen.

Bei den infrastrukturellen Maßnahmen ging es speziell um den Radwegebau, wo Planungen angearbeitet und unterschiedliche Förderprogramme aktuell in Prüfung sind.

Maßnahmen, die den Bereich Infrastruktur Radwege betreffen sind die Flämingskate am Wasserwerk Luckenwalde und die Radwegeverbindungen, die nicht direkt an Kreisstraßen liegen (Lückenschluss zwischen Mückendorf und Zesch am See, touristischer Radweg von Zesch am See nach Eggendorf – an den Nachbarlandkreis anschließend). Hier handelt es sich um freiwillige Aufgaben.

Aus KT-Beschlüssen bzw. bestehenden Verträgen gibt es jedoch Verpflichtungen, wie z. B. den Ausbau des Radweges zwischen Thyrow und Siethen (aus Mitteln des LK in Höhe von ca. 300 T€). Hier erfolgt jedoch eine Beteiligung der Kommunen Ludwigfelde und Trebbin, was vertraglich geregelt ist.

Zurückgestellt werden mussten u. a. Maßnahmen der IT-Infrastruktur, wie z. B. Telearbeit, im Bereich der Kreisstraßenmeisterei die Sanierung von Dächern der Garagen, Installierung eines Schleppdaches sowie im Bereich der Skate-Arena in Jüterbog die Erweiterung / Schaffung von Sanitäreinrichtungen.

Weitere Diskussionsrunden stehen an, dieser Prozess ist noch nicht beendet.

**Herr von der Heide** dankt für den umfassenden Bericht. In der folgenden Diskussion weist er darauf hin, sich auf die Maßnahmen zu konzentrieren, die in der Zuständigkeit des Ausschusses liegen.

**Herr Rex** findet erschreckend, wie wenig an Investitionen durchgeführt werden können. Zum Erweiterungsbau Gymnasium Rangsdorf fragt er, ob der in den Jahren 2017/18 erfolgt. Eine weitere Frage bezieht sich auf den erheblichen Investitionsbedarf an Förderschulen, da Förderschulen in den nächsten Jahren in Integrationsschulen einfließen sollen.

**Herr Dornquast:** Im Bildungsausschuss wurden auch diese Fragen ausführlich erörtert. Die Förderschulen „Lernen“ sollten auslaufen und sich über Inklusion in den Regelschulen wiederfinden. Das neue Konzept der Landesregierung heißt „gemeinsames Lernen“. Was aber mit dem vorliegenden Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes nicht einhergeht, ist die Abschaffung der Förderschulen. Das Schulgesetz sieht den Zugang über zwei Wege vor. Einerseits auf Grundlage des Elternwunsches andererseits über das sonderpädagogischen Förderverfahren mit Empfehlungen, die von der Sonderpädagogischen Förder- und Beratungsstelle und den zuständigen Pädagogen gegeben werden. Entscheidend ist aber letztlich der Elternwunsch, der jedoch nicht planbar ist. Bei Bedarf müssen die Schulträger aber entsprechende Kapazitäten vorhalten.

Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ wie in Jüterbog und Groß Schulzendorf werden auch künftig benötigt. Auch Förderschulen für Kinder mit Körperbehinderung, mit psychischen Behinderungen oder die Blindenschule bleiben künftig Bestandteil des Schulsystems.

Als Träger von vier Förderschulen „Lernen“ stellt sich die Frage nach der weiteren Perspektive. Nach der zahlenmäßigen Entwicklung im Ergebnis der sonderpädagogischen Beratungsverfahren und dem Wahlverhalten der Eltern ist davon auszugehen, dass die Förderschule „Lernen“ in Jüterbog geschlossen und die verbleibenden Schüler auf andere Schulen umverteilt werden. Hierbei ist zu sichern, dass die Schülerbeförderung in satzungsgemäß zumutbaren Zeiten erfolgt. Demgegenüber stehen Schulstandorte mit einer derzeit starken Frequentierung an der Kapazitätsgrenze (Förderschulen in Mahlow und Ludwigsfelde). Im Rahmen der aktuellen Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung wird diese Problematik ebenfalls betrachtet.

Das Bauvorhaben am Gymnasium Rangsdorf ist die größte Einzelmaßnahme aus dem Gesamtpaket der Maßnahmen des KommInvestFG für den Landkreis. Hier geht es nicht nur um energetische Sanierung, sondern auch um infrastrukturelle Erweiterung des Schulstandortes. Diese Maßnahme passt gemäß Richtlinie ebenfalls in die Förderkulisse des KommInvestFG. Trotzdem ist die Gesamtmaßnahme nicht im vollen Umfang förderfähig – ein Zuschuss durch den Landkreis ist erforderlich.

Es fand ein Interessenbekundungsverfahren für eine Machbarkeitsstudie statt. Das beauftragte Planungsbüro hat zwischenzeitlich erste Entwürfe entsprechend der Schulbaurichtlinie vorgelegt.

Das Gesamtinvestitionsvolumen beträgt ca. 3,5 Mio €. Die Förderung aus dem KommInvestFG ist bis 2018 vorgesehen, Abrechnung 2019.

**Herr Manthey** bittet um nähere Erklärungen zur Anlage 149 „Zentralisierung des Straßenverkehrsamtes“ und dem Betrag von ca. 2,8 Mio€.

**Herr Dornquast:** Das Straßenverkehrsamt hat in der Planungsanmeldung für die Zentralisierung des Amtes eine Hochrechnung vorgenommen, für wie viele Mitarbeiter, mit welchen Aufgaben, welchen Flächen (Außen- und Gebäudeflächen) erforderlich sind. Dazu hat die Landrätin im Finanz- bzw. Kreisausschuss Ausführungen gemacht. Momentan besteht die Aufgabe der Verwaltung darin, eine Gesamtvorlage für den Kreistag vorzubereiten. Dazu wurden alle Standorte und Liegenschaften, die dem LK gehören, abgeprüft (Flächen, Infrastrukturanbindung, Kosten). Etliche Liegenschaften in Eigentum des LK werden den Flächenerfordernissen aber auch der infrastrukturellen Anbindung nicht gerecht und sind aus der weiteren Betrachtung heraus gefallen.

In der Erstanmeldung des Straßenverkehrsamtes waren 450 T€ enthalten, diese sind aktuell nicht mehr Bestandteil der Planung 2017. Die Ausführungen der Landrätin im letzten Kreisausschuss waren, dass zu diesem Thema zunächst eine fundierte Vorlage durch die Verwaltung erarbeitet wird, in der alle erforderlichen Aspekte abgebildet werden müssen. Diese soll dem Kreistag als Entscheidungsgrundlage dienen.

**Herr Manthey** fragt, wenn in 2017 die 450 T€ nicht enthalten sind, ist davon auszugehen, dass sich die Ausgaben für 2018 um 450 T€ erhöhen?

**Herr Dornquast:** Das Projekt „Straßenverkehrsamt“ wurde zunächst um ein Jahr verschoben. Die Einordnung in den Folgejahren, wird von der Entscheidung des KT abhängen.

**Herr Rex:** Großer Knackpunkt sind die freiwilligen Aufgaben in Glashütte. Können hier überhaupt noch Maßnahmen realisiert werden? Wie sieht das speziell mit der „Alten Hütte“ aus? Werden dort noch Veranstaltungen durchgeführt?

**Herr Dornquast:** Um die „Alte Hütte“ wieder als Veranstaltungsort nutzen zu können, wurde diese durch einen Statiker geprüft. Das Ergebnis liegt nunmehr vor. Der Maßnahmenumfang beträgt etwa 55 T€. Um die Genehmigung der Bauaufsicht zu erhalten wird die Verwaltung erforderliche Sicherheits- und Baumaßnahmen aus Mitteln der Bauunterhaltung vornehmen.. Zum Teil geht es um Reparaturen bzw. Nachbesserungen. Gegenwärtig erfolgen die notwendigen Ausschreibungen.

Zu Glashütte ist zu sagen, dass es sich um eine freiwillige Aufgabe des Landkreises handelt. Seit geraumer Zeit erfolgen Gespräche mit dem Bürgermeister der Stadt Baruth/M. Als Eigentümer sind wir verpflichtet, Vorsorge für die von uns vermieteten oder verpachteten Objekte zu treffen, was sich als schwierig darstellt, da die Mieteinnahmen nicht auskömmlich sind.

Nach Meinung von **Herrn von der Heide** sollte das Objekt ganz oder teilweise an die Stadt Baruth/M. übertragen werden, was nach seiner Kenntnis grundlegend nicht abgelehnt wurde. Er bedankt sich für den Bericht. Sicher werden die Fraktionen noch weitere Diskussionen führen.

## **TOP 8**

### **Petition an den Kreistag zur Entwicklung eines Konzeptes für die zukünftige Nutzung des ehemaligen Pflegeheimes Saalow ( 5-2885/16-KT )**

Die SN der Verwaltung zur Petition liegt vor, erklärt **Herr Dornquast**. Herr Heinrich, SB Liegenschaften im Bauamt, wird sich den heute Fragen zum Tagesordnungspunkt stellen und Ausführungen geben.

**Herr Haase** erkundigt sich nach einem Investor für dieses Objekt?

**Herr Heinrich** äußert, dass sich der bisherige Investor als unglaubwürdig darstellte. Dieser wollte aus dem Areal ein aus Spenden finanzierten Miniaturpark entstehen lassen. Davon wurde Abstand genommen.

**Herr von der Heide** fragt an, ob die Möglichkeit besteht, die riesige Fläche vom Heim abzukoppeln und diese Flächen z. B. Landwirtschaft oder Naturschutz übergeben werden könnten?

Das sei nicht möglich, meint **Herr Heinrich**. Für das ehemalige Pflegeheim in Saalow wurde ein Gutachten angefertigt. Die Abbruchkosten liegen über 1 Mio €. Ein Verkauf der Fläche ist nur als Gesamtpaket möglich.

**Herr Rex** äußert, wenn auf diesem Gelände nichts passiert, habe man in spätestens 10 Jahren Waldfläche und damit das nächste Problem. Was wird dagegen getan, dass dort kein Wald entsteht? Seiner Meinung nach handelt es sich hier um rund 200 Tm<sup>2</sup> Fläche.

**Herr Heinrich:** Gespräche dazu waren nicht sehr lukrativ. Wenn bestimmte Investitionen laufen, gäbe es sicher die Möglichkeit, dort eine Entkernung vorzunehmen zu lassen, aber diese Möglichkeit gab es bisher nicht. Bebaute Flächen oder Wege werden regelmäßig freigehalten, um dort keinen Wald entstehen zu lassen. Da auf dieser Fläche bereits Wald ist, besteht momentan keine Gefahr.

**Herr von der Heide** äußert, wenn man etwas machen will, muss man kostspielige Waldumwandlung machen, mit offener Genehmigungsaussicht. Herr von der Heide nimmt als Anregung mit, das Problem zu prüfen und es im Paket zu verkaufen. Denkbar wäre, die Wald- und Feldflächen zu verkaufen und mit dem Erlös den Rest der Fläche zu bereinigen und die Abbruchkosten zu bezahlen. Die Objekte scheinen nicht werthaltig zu sein. Der Hinweis der Petition – dass es nicht besser wird, wenn man zu lange wartet - ist nicht von der Hand zu weisen.

Abschließend wird dem Vorschlag der Verwaltung einstimmig zugestimmt.

## **TOP 9**

### **Sachstand Erarbeitung Radwegekonzept im Rahmen eines zukünftigen Mobilitätskonzeptes des Landkreises Teltow-Fläming ( 5-2920/16-IV )**

**Herr Gärtner** zeigt anhand einer Karte den Radwegebestand des LKTF. Bei Bedarf kann diese Karte auch in digitaler Form übermittelt werden.

Im Folgenden gibt einen Überblick über das Radwegekonzept.

**Herr Manthey und Frau Dr. Pacholik** stellen fest, dass in der Bestandskarte nicht alle Radwege eingezeichnet sind und zeigen das anhand einiger Beispiele auf (z. B. Radweg an der B 101n von Thyrow Richtung Löwenbruch bzw. die L 76 und die K 7239).

Ein weiterer Hinweis von **Frau Dr. Pacholik** bezieht sich auf die Osdorfer Straße Richtung Berlin. Sie weist auf die katastrophalen Zustände der Straße hin, obwohl der Flughafen noch gar nicht in Betrieb ist. Für Radfahrer ist das besonders krass.

**Herr Gärtner** bedankt sich für die Hinweise. In der Karte, die der Vorlage beiliegt, sind nicht alle Radwege im Bestand eingezeichnet. Die Karte sollte nur das Radwegenetz darstellen, d. h. nur den Bestand und die Planung für das Radwegekonzept. Auf alle Fälle in die Karte aufzunehmen, so **Frau Dr. Pacholik**, ist die L 76, die Verbindung von Teltow Richtung Mahlow und Berlin, da es hier einen vollständig ausgebauten Radweg gibt.

**Herr Gärtner** stimmt dem zu. Zur Osdorfer Straße erklärt er, gab es mehrfachen Kontakt mit dem Bürgermeister der Gemeinde Großbeeren und jahrelangem Streit, ob es sich um eine Kreis- oder Landesstraße handelt. Der Verkehr ist dort überwiegend überörtlich und hat wenig mit Großbeeren zu tun.

Im Dialogforum Airport Berlin Brandenburg wird ein sogenanntes Strukturkonzept evaluiert. Ein Punkt von 4 umzusetzenden Maßnahmen ist der Ausbau der Osdorfer Straße.

Nach Eröffnung des Flughafens werden sich aber die Verkehrsbeziehungen erheblich ändern.

Gegenwärtig wird eine Beschlussvorlage erarbeitet.

Die Gemeinde wird solange Straßenbaulastträger bleiben bis die Straße fertig gestellt wird. Danach wird man über die weitere Zukunft der Straßenbaulastträgerschaft entscheiden.

**Herr Klucke** weist darauf hin, dass der Radweg von Zossen nach Nächst Neuendorf entlang der B 246, nur von der Kreuzung mit der Straße nach Glienick bis Nächst Neuendorf geht und in der Karte korrigiert werden müsste.

**Herr Gärtner** erklärt, dass alle Gemeinden vorab abgefragt wurden und hierzu kein Hinweis von der Stadt Zossen gekommen ist. Er bedankt sich für den Hinweis, der überprüft wird. Die Karte wird im Anschluss korrigiert.

**Herr Klucke** regt an, auf der Karte die Schulstandorte auszuweisen, mit dem Hintergrund der Schulwegsicherung für die Kinder.

**Her Gärtner** informiert kurz über das umfangreiche GIS-System des Landkreises, indem sich jeder Bürger zu diversen Themen informieren kann. Nachzudenken wäre, im AfRB darüber zu berichten.

**Herr Klucke** gibt den Hinweis, an der Landkreisgrenze übergehend zu den Nachbargemeinden und -kreisen die Weiterführung zu prüfen, um die finanziellen Mittel für Radwege sinnvoll einzusetzen. Als Beispiel nennt er den für ihn sinnlosen Radweg von Baruth/M. Richtung Radeland zur A 13, der in einen Sandweg mündet.

**Herr Gärtner:** Hier ist die Kreisstraße von Dornswalde gemeint. Das war die 1. Kreisstraße, die je ein Landkreis in den neuen Bundesländern gebaut hat. Damals trugen damit die Kreistagsabgeordneten dazu bei, dass sich das Gewerbe- oder Industriegebiet bei Baruth/M. so entwickeln konnte. Ohne diese Anbindung an die A 13 wäre das nicht möglich gewesen. Beim Landkreis Dahme-Spreewald fand dies leider keine Resonanz, was letztlich der Grund des Endes an der A 13 war. Er gibt Herrn Klucke recht, wir müssen über die Landkreisgrenzen hinaus schauen.

Eine große Rolle spielt derzeit die L 73 – Dobbrikow-Berkenbrück. Gespräche mit dem Nachbarkreis Potsdam-Mittelmark beinhalteten, diese Lücke bis zum Kreisverkehr an der B 246 aus dem Nachbarkreis kommend zu schließen. Was die Grenze zum Landkreis Dahme-Spreewald anbelangt, wird es ein gemeinsames Gespräch mit Landrat Loge, gemeinsam mit Frau Schreiber und Herrn Ilk geben, in dem es um diese Grenzfragen geht. Problematisch ist die Klärung von Eigentumsfragen. Der touristische Verbindungsweg von Zesch am See nach Eggisdorf ist auch nur gemeinsam mit dem Nachbarkreis umzusetzen.

**Herr Rex** bemängelt, dass es im südlichen Teil des Kreises ein relativ geschlossenes System an Radwegen gibt, im Norden jedoch alles ein „Flickenteppich“ ist. Hier führt er speziell die Strecke Jühnsdorf-Groß Schulzendorf an. Er bittet vorrangig diesen sehr gefährlichen Bereich in Augenschein zu nehmen, damit hier ein Lückenschluss erfolgt.

**Herr Gärtner** stimmt dem zu, verweist aber auf die Tatsache, dass es sich hierbei um eine Landesstraße handelt. Trotzdem soll ein Konzept entwickelt werden, unabhängig von der jeweiligen Straßenbaulast.

**Herrn Haase** interessiert, wie viel Kilometer Radwege in diesem Konzept an Kreisstraßen liegen.

**Herr Gärtner** sichert zu, eine Aufstellung nachzuliefern, die Aussagen zu den Kilometern an Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen enthält.

Abschließend bittet **Herr von der Heide**, das Kartenmaterial auf den aktuellen Stand zu bringen. Er verweist darauf, die Kosten nicht außer Acht zu lassen. Das gilt ebenfalls für die Unterhaltungskosten (Fläming-Skate).



**TOP 10**  
**Verschiedenes**

**Herr von der Heide** weist auf den Terminplan der Sitzungen für das Jahr 2017 hin.  
Da keine Einwände vorgetragen werden, wird danach verfahren.

Er bedankt sich für die Teilnahme und beendet die Sitzung um 18:40 Uhr.

von der Heide  
Stellv. Vorsitzender

Remus  
Schriftführerin

Luckenwalde, 18.11.2016